

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

60. Sitzung
10. September 2020

Beginn: 15.02 Uhr
Schluss: 18.22 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

1. „Wie bewertet der Senat die Ergebnisse und Wirksamkeit der Antidiskriminierungsarbeit an Berliner Bildungseinrichtungen vor dem Hintergrund des Vorwurfs strukturellen Rassismus in öffentlichen Institutionen?“
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet auf die Frage von **Paul Fresdorf** (FDP), bei Diskriminierung und Rassismus handele es sich um gesamtgesellschaftliche Phänomene. Die Auseinandersetzung damit sei auch in Kitas und Schulen eine dauerhafte Aufgabe. Dabei spiele Präventionsarbeit, vor allem die politische Bildung, eine wichtige Rolle. Im Rahmen des Projekts „Pro Respekt – gewaltfreie Schule demokratisch entwickeln“ etwa würden Sozialarbeiterinnen und -arbeiter eingesetzt, wenn es Probleme an einer Schule gebe. Hinzu komme das Qualitätspaket von SenBildJugFam mit insgesamt 39 Maßnahmen.

Berlin sei das einzige Bundesland, das einen Antidiskriminierungsbeauftragten habe. Der bisherige Amtsinhaber Herr Hizarci sei bedauerlicherweise zu einer Stiftung gewechselt, die ihm ein attraktives Angebot unterbreite und mit der ihr Haus sehr eng zusammenarbeite. Die Dienststellen des Antidiskriminierungsbeauftragten und der kürzlich ernannten Anti-Mob-

bing-Beauftragten kooperierten miteinander. Kontinuierlich fänden zudem Fortbildungen zu Diskriminierungsaspekten statt.

Paul Fresdorf (FDP) fragt, an welchen Kennzahlen der Erfolg der dargestellten Maßnahmen gemessen werden könne.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) weist darauf hin, dass dies schwierig sei, zumal Diskriminierung immer wieder geschehe, was schlimm sei. Aus ihrer Sicht müssten Fälle von Diskriminierung aufgedeckt werden und Leute sich trauen, auf derartige Fälle aufmerksam zu machen. Außerdem komme es auf geschultes Personal an. Das Ideal wäre ein diskriminierungsfreies Leben.

2. „Wie bewertet der Senat die Berichte der Expertenkommission und der Clearingstelle zu den Geschehnissen an der Staatliche Ballettschule Berlin und Schule für Artistik im Hinblick auf das Wirken der Schulaufsicht, die Fürsorgepflicht des Landes Berlin für die Schülerinnen und Schüler, das finanzielle Gebaren der Schulleitung sowie die Einstellungs-, Freistellungs- und Kündigungsentscheidungen des Senats?“
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) bemerkt einleitend zur Frage von **Dirk Stettner** (CDU), dass die vergangenen Monate ganz im Zeichen eines Aufarbeitungsprozesses gestanden hätten. Sowohl die Expertenkommission als auch die Clearingstelle hätten letzte Woche ihre Abschlussberichte vorgestellt. Die Trennung in Kommission und Stelle habe sich als richtig erwiesen. Die von einer Psychologin und einem profilierten Vertreter aus dem Bereich des Kinderschutzes gebildete Clearingstelle habe es Schülerinnen und Schülern wie Eltern und Lehrkräften ermöglicht, sich telefonisch, per Videokonferenz oder persönlich zu äußern – auch anonym. Im Laufe der Zeit seien die Betroffenen mutiger geworden, was nicht zuletzt an der Freistellung der Schulleitung gelegen habe. Weitere arbeitsrechtliche Schritte seien geplant.

Die detaillierten Hinweise der Expertenkommission seien sehr hilfreich. Einige Veränderungen wie die Erarbeitung eines Kinderschutzkonzepts oder die Einrichtung von Facharbeitsgruppen seien bereits während der vergangenen Monate angestoßen worden, andere kämen in den nächsten Jahren hinzu. Ziel sei es, eine andere Kultur in die Schule hineinzutragen. Das betreffe unter anderem die Aufwertung der Artistik, die auch in Bezug auf die Schulbezeichnung dem Ballett gleichgestellt werde. Die Felder Nähe und Kontakt würden neu geregelt werden, Erniedrigungen möglichst ausgeschlossen.

Im Bereich des Kinderschutzes solle den Schülerinnen und Schülern eine Partizipation ermöglicht werden, damit diese sich trauen, Missstände anzusprechen. Dass nichts ausgesprochen worden bzw. nichts aus dem „Inner Circle“ nach außen gedrungen sei, müsse als sehr problematisch gewertet werden.

SenBildJugFam plane derzeit ein umfangreiches Gesundheitskonzept. Hinsichtlich der Gesundheit sei darauf zu achten, Grenzen nicht zu überschreiten, wenn Kinder körperlich überfordert seien. – Die an der Schule vorhandenen Vertrauenslehrkräfte sollten durch Externe wie die SIBUZ beraten werden, damit sie an sie herangetragene Fälle auch weiterleiteten.

Ferner sei ein Mentoring – eine Art Patensystem – zwischen jüngeren und älteren Schülerinnen und Schülern vorgesehen.

Ihr Haus halte es für nicht ausreichend, wenn nur 20 Prozent der Schülerschaft bis zum Ende blieben. Ein Quereinstieg müsse immer möglich sein. Regelmäßig solle zudem eine Laufbahnberatung für die Schülerinnen und Schüler stattfinden, und zwar ab der sechsten Klasse.

Hinsichtlich des Landesjugendballetts sei festzustellen, dass es anders als ursprünglich angelegt umgesetzt worden sei. Die Schule habe zu wenig Auftrittsmöglichkeiten, so die damalige Kritik der Schulleitung und der Schülerinnen und Schüler. Konzeptionell sei zudem festgehalten worden, dass das Landesjugendballett als Modul der Begabungsförderung offen für Tänzerinnen und Tänzer anderer Ballettschulen sein solle, damit diese die Chance hätten, auch an die Staatliche Ballettschule zu kommen. Das sei allerdings nicht umgesetzt worden. – Die Kommission habe nun vorgeschlagen, das Landesjugendballett in eine Juniortanzkompanie umzuwandeln und ein Modell zu erarbeiten, das Absolventen Auftrittsmöglichkeiten schaffe und einen besseren Übergang ins Berufsleben biete. – Sie begrüße diesen Ansatz sehr.

Die Kommission habe darüber hinaus festgestellt, dass die Schule sehr selbstbezogen gewesen sei. Hier sei eine Vernetzung mit anderen Schulen in anderen Bundesländern und sogar europaweit angezeigt. Durch Gastlehrkräfte oder -tanzpädagogen kämen neue Ideen in die Schule hinein.

Die angesprochenen Punkte bildeten nur einen Ausschnitt aus den Empfehlungen der Expertenkommission. Klar sei, dass der Prozess dauern werde. Das Vertrauen müsse wiederhergestellt werden. Es werde ein Beirat mit externen Fachleuten eingerichtet, der den Schulentwicklungsprozess begleiten werde.

Dirk Stettner (CDU) schließt sich der Bewertung der Kommissionsvorschläge als zielführend an. Dennoch interessiere ihn, wie der Senat bewerte, dass es so weit habe kommen können. Die Zahlen zu den verschiedenen Arten von Gewalt an der Schule seien erschreckend. Hinsichtlich der Fürsorgepflicht seien erhebliche Verfehlungen festzustellen. Er erinnere daran, dass im Jahr 2011 Einigkeit bestanden habe, im Rahmen des Integrierten Maßnahmenplans Schutzkonzepte für alle Schulen einzuführen. Das sei aber an der Staatlichen Ballettschule und weiteren Schulen nicht geschehen, was Fehlentwicklungen begünstige. In den zurückliegenden neun Jahren habe SenBildJugFam Einstellungen vorgenommen, die dem Schulgesetz entgegengestanden hätten, und ihre Aufsichtspflicht vernachlässigt. Warum sei auf Hinweise nicht reagiert worden? Weshalb sei so, wie geschehen, agiert worden, obwohl hätte klar sein müssen, dass es keinen Bestand vor den Arbeitsgerichten hätte?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) bestreitet, dass die Fehlentwicklungen von 2011 ausgegangen seien; vielmehr handele es sich um ein strukturelles Problem der speziellen Schule. Im Laufe der Jahre habe sich dort ein geschlossenes System herausgebildet. Ein Charakteristikum dieses Systems sei die Arbeit mit Angst. Außerdem seien die Beteiligungsstrukturen nicht vorschriftsgemäß umgesetzt worden. Sie persönlich kenne einen Vermerk über eine Beschwerde im Bereich des Beschwerdemanagements. Auf dem Schriftstück habe geschrieben gestanden: „Erledigt. Es haben Gespräche stattgefunden.“ – Mehr sei nicht nach außen gedrungen. Sie empfinde das als erschreckend.

Die Arbeit sei mit der qualitativ hochwertigen Aufarbeitung nicht abgeschlossen, sondern beginne erst richtig. Ihr Haus erwäge rechtliche Schritte. Den Hinweisen der Clearingstelle gehe SenBildJugFam nach. Ein Wirtschaftsprüferbericht sei in Auftrag gegeben worden.

3. „Liegen im Vergleich zur sächsischen Schulstudie in Berlin andere Daten vor, welche im Gegensatz zu jener Studie einen restriktiveren Umgang in der Schule, d. h. Abstandsregelungen, Maskenpflicht und sonstige außergewöhnlichen Hygieneauflagen, rechtfertigen? – Anmerkung: Die sächsische Schulstudie wurde von Prof. Dr. Wieland Kiess am 3. August 2020 in einer Pressekonferenz zusammen mit dem Kultusminister Sachsens und anderen vorgestellt: <https://youtu.be/oXuFN7WpuT4>“
(auf Antrag des fraktionslosen Abg. Wild)

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) sagt auf die Frage von **Andreas Wild** (fraktionslos), dass es sehr viele Studien in diesem Bereich gebe, mit denen sich ihre Verwaltung auseinandersetze. Auch Experten würden zurate gezogen. Berlin gehe mit der Teststrategie und der eigenen Studie einen guten Weg. Sich nur auf eine Studie zu beziehen, sei zu kurz gegriffen.

Andreas Wild (fraktionslos) betont, bei keinem einzigen der insgesamt 2 600 Probanden der sächsischen Schulstudie habe eine aktive Infektion festgestellt werden können; lediglich bei 14 Testpersonen seien Antikörper nachgewiesen worden. – Halte die Senatorin in Anbetracht der Leiden der sozial schwachen Eltern in Berlin die Schulschließungen aus heutiger Sicht für einen Fehler?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet, diese Entscheidung sei definitiv kein Fehler gewesen. Damals sei die Situation kaum einzuschätzen gewesen. Das Land Berlin agiere verantwortungsbewusst und suche den Ausgleich zwischen dem Gesundheitsschutz und dem Recht auf Bildung. Insbesondere für sozial Benachteiligte habe SenBildJugFam viel getan – Stichwort Lernbrückenprogramm und Sommer- bzw. Herbstschulen.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) macht auf den Berlin-Tag aufmerksam, der in diesem Jahr digital stattfindet. Interessierte könnten sich dann über die Arbeit in Kitas, Schulen und Jugendämtern informieren. Für die Beratungen per Videokonferenz stehe ein Ticketsystem zur Verfügung.

Für die politische Bildung werde es einen Fonds von 3 000 Euro pro Schule geben. Die Schulen sollten gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern überlegen, welche Angebote sie wahrnehmen wollten. Auf dem Bildungsserver sei eine Übersicht über die Träger von politischer Bildung eingestellt worden.

In der kommenden Woche werde sie gemeinsam mit ihrer Amtskollegin Kalayci (SenGPG) eine Kinderschutzambulanz am Sana-Klinikum in Lichtenberg einweihen. Damit werde die bisher bestehende Lücke geschlossen, was die berlinweite Verteilung der Ambulanzen ange-

he. – Staatssekretärin Klebba habe einem Treffen zum geplanten Childhood-Haus, das in Kooperation mit der Charité entstehe, beigewohnt. Das Ganze gehe auf die von Königin Silvia von Schweden gegründete World Childhood Foundation zurück.

Die Auftaktveranstaltung zum Programm „Berlin-Challenge“, für das das Parlament viel Geld zur Verfügung gestellt habe, sei durchgeführt worden.

Der **Ausschuss** schließt den TOP ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2730

[0326](#)
BildJugFam

Lehren und Lernen aus und nach der Corona-Krise

Paul Fresdorf (FDP) weist darauf hin, dass der vorliegende Antrag den Diskussionsstand von Ende Mai widerspiegele. Er begrüße ausdrücklich, dass nunmehr wieder ein dem Regelunterricht naher Unterricht stattfinde. Insofern könnten die 30 Punkte des Antrags überholt erscheinen. Drei Dimensionen stünden im Mittelpunkt: die Unterrichtsräume, die Digitalisierung in der Schule und die Fortbildung des Personals. Die Coronapandemie habe die ohnehin vorhandenen Probleme noch einmal verdeutlicht wie vergrößert. Insofern seien viele Punkte des Antrags nach wie vor aktuell.

Die FDP-Fraktion freue sich sehr, dass ihre Idee mit den halben Klassen in den Plan B eingeflossen sei. Durch die Teilung der Klassen in zwei Hälften – die eine gehe zur Schule, die andere bleibe zu Hause; nach zwei Wochen werde gewechselt – wäre selbst im Falle einer sich verschärfenden Pandemie eine Art Regelunterricht möglich. Noch wichtiger sei es, die Lehrkräfte zu befähigen, den hybriden Unterricht zu gestalten. Die vorhandenen Aus- und Weiterbildungskapazitäten im Land Berlin seien momentan nicht ausreichend, um alle Lehrkräfte in digitalen Inhalten fortzubilden. Eventuell könnte dabei auf Webinare zurückgegriffen werden. Der FDP-Fraktion sei es zudem sehr wichtig, alle Lehrerinnen und Lehrer mit digitalen Endgeräten auszustatten und ihnen dienstliche E-Mailadressen zur Verfügung zu stellen.

In Hinblick auf die Fachkräfte empföhlen die Freien Demokraten, eine Anwerbeoffensive für die Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger zu starten. Besonders in schwierigen Zeiten steige die Attraktivität einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst. Im Übrigen sei die weitere Ausgestaltung des Lernraums Berlin auf die Agenda zu setzen. Diesbezüglich verweise er auf den Antrag, den Frau Abg. Dr. Jasper-Winter (FDP) in der letzten Plenarsitzung begründet habe.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) stellt klar, dass viele der angesprochenen Punkte – insbesondere im Kontext des Handlungsrahmens – bereits verfolgt würden. Die Schaffung halber Klassen sei nicht etwa auf die FDP zurückzuführen, sondern auf eine Debatte in der Kultusministerkonferenz. Auch mit den Schulleiterverbänden sei eine Abstimmung erfolgt. Auf KMK-Ebene seien bestimmte Eckpunkte für den Fall vereinbart worden, dass das Infektionsgeschehen stark zunehme. Dazu gehörten neben einer Halbierung der Klassen unter anderem die Etablierung einer Feedbackkultur – die Lehrkräfte hätten sich mindestens zweimal pro Woche bei ihren Schülerinnen und Schülern zu melden –, feste Präsenzunterrichts-

stunden und Bestimmungen zum Ganztage. Ferner sei während der Sommerferien eine Befassung mit der inhaltlichen Ausgestaltung des Unterrichts erfolgt, Stichwort Fachbriefe. Des Weiteren sei der Lernraum ausgebaut worden. Fortbildungen zur Digitalisierung würden und müssten weiterhin stattfinden.

Der Bund übernehme Verantwortung bei der Finanzierung von Endgeräten für die Lehrkräfte. Berlin habe eine gewisse Vorreiterrolle eingenommen und sei in Vorleistung gegangen, um 9 500 Tablets für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler anzuschaffen. In der letzten Sitzung sei überdies die Vergabe von 40 000 weiteren Tablets besprochen worden. – Stellvertretend für viele weitere Maßnahmen nenne sie noch den Hygienebeirat.

Dennis Buchner (SPD) macht geltend, die Arbeit des Bildungsausschusses habe während der vergangenen sechs Monate ganz unter der Überschrift „Lehren und Lernen aus der Coronakrise“ gestanden. Der vorliegende Antrag enthalte viele bereits umgesetzte Maßnahmen, aber auch viele konsensfähige Allgemeinplätze und Selbstverständlichkeiten. Andere Dinge aus dem Antrag sei nicht zustimmungsfähig für die Koalition, etwa die zentrale Agentur zur Instandhaltung der Schulinfrastruktur. Hierfür seien die Bezirke zuständig. – Der Antrag könne insgesamt als Diskussionsgrundlage dienen; zustimmungsfähig sei er nicht.

Regina Kittler (LINKE) lenkt die Aufmerksamkeit auf die chaotische Anordnung von Vorschlägen und Forderungen in dem Antrag. Zu den allgemeinen Forderungen: Die Notfallpläne seien ausführlich im Ausschuss behandelt worden. Zur geforderten Anwerbeoffensive für Quereinsteiger sei bereits ein Antrag der Koalition beschlossen worden. – Zur Hygiene: Es bedürfe keiner zentralen Agentur, sondern konkreter Sanierungsmaßnahmen in den Bestandschulen. Die Notwendigkeit temporärer Bauten für Desinfektionsmaßnahmen erschließe sich ihr nicht. Die Errichtung von Trennwänden in Klassenräumen gehe an der Lebenswirklichkeit vorbei. – Zum Schulbetrieb: Für detaillierte Vorschriften seien die Schulen viel zu verschieben. Eine Aushebelung der Schulautonomie sei gefährlich und komme nicht in Betracht. Die geforderte Nutzung unbelegter Containerdörfer habe die Koalition bereits auf den Weg gebracht.

Die in Punkt 11 des Antrags vorgesehene pauschale Dienstweggenehmigung für Lehrkräfte und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, damit diese die Schülerinnen und Schüler aufsuchen dürften, sei realitätsfern. Die Lehrkräfte seien vor den Sommerferien hart am Limit gewesen; teilweise sei dies noch heute so, wenn es Infektionsfälle gebe. Die Kontaktaufnahme zu den Schülerinnen und Schülern habe so weit wie möglich stattgefunden. – Die telefonische Erreichbarkeit sei bereits Thema im Ausschuss gewesen. Zu den digitalen Endgeräten liege ein bereits beschlossener Antrag der Koalition vor. Die Qualifizierung der Lehrkräfte im Digitalen sei absolut richtig, aber auch schon Gegenstand der Diskussionen gewesen. Das vorhandene Angebot müsse ausgeweitet werden. – Im Ganzen sei der Antrag als überflüssig zu bewerten.

Dirk Stettner (CDU) bezeichnet es als spannend, dass die FDP einen Antrag vom Mai vorlege und die Koalition erwidere, das sei alles schon beschlossen. Er freue sich über die Debatte. Der Antrag enthalte, obgleich einige Forderungen überholt erschienen, viele richtige Punkte und werde von der CDU unterstützt. Es sei begrüßenswert, dass die Koalition einzelne Maßnahmen verwirkliche; allerdings sei das viel zu wenig. So würden bei Weitem nicht genügend digitale Endgeräte beschafft. Demgegenüber habe Baden-Württemberg kürzlich 300 000 Ge-

räte gekauft und verteilt. Die breit angelegte Verteilung solcher Geräte bildete die Grundlage für einen Plan B. Außerdem fehle es bisher an datenschutzkonformen Applikationen und einer vernünftigen Schulcloud.

Paul Fresdorf (FDP) dankt dem Abg. Stettner (CDU) für die Zustimmung der Christdemokraten zu dem Antrag. – Bei der von der Abg. Kittler (LINKE) vorgenommenen Aufzählung der Maßnahmen, die die Koalition schon beschlossen habe, habe er den Hinweis vermisst, dass diese Beschlüsse erst nach dem vorliegenden Antrag gefasst worden seien. Insofern seien Teile des FDP-Antrags verwertet und in einzelnen Anträgen umgesetzt worden. Es gereichte ihm zur Freude, wenn die Koalitionsfraktionen sich dazu durchringen könnten, dem Original zuzustimmen.

Dennis Buchner (SPD) nimmt Bezug auf die vom Abg. Stettner (CDU) angeführten 300 000 Geräte in Baden-Württemberg. Das Land im Südwesten habe dieselben Probleme wie Berlin und alle anderen Bundesländer, die riesigen Bestellungen auszulösen. In Baden-Württemberg kämen erst jetzt die ersten Geräte in den Gemeinden an. Berlin habe schon frühzeitig für die Verteilung von etwa 10 000 Tablets an besonders benachteiligte Schülerinnen und Schüler gesorgt und stehe so gesehen gut da.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) informiert darüber, dass ihr Haus an diesem Tag einen Anruf aus Baden-Württemberg mit der Bitte um Hinweise für einen erfolgreichen Schulstart erhalten habe. – Es bestehe generell ein gegenseitiger Austausch auf Ebene der Bundesländer und der KMK. Die CDU ignoriere den im Detail dargestellten Plan B. Das sei auch den Schulen gegenüber nicht fair, die viel geleistet hätten.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) weist auf die Möglichkeit hin, Anträge an die jeweilige Zeit anzupassen. Demgegenüber befinde sich der vorliegende Antrag noch auf dem Stand von Mai; eine Zustimmung sei damit nicht möglich. Viele Dinge hätten sich geändert. Mittlerweile finde seit mehreren Wochen wieder Unterricht statt. Sie erkenne an, dass sich die Kommunikation zwischen der Senatsverwaltung und den einzelnen Schulen gebessert habe.

Dirk Stettner (CDU) bemerkt zu den Äußerungen des Abg. Buchner (SPD) und der Senatorin, er verweigere sich nicht der Wahrnehmung, dass die Senatorin etwas aufgeschrieben habe, von dem sie glaube, es sei der Plan B. Ebenso erkenne er die hervorragende Arbeit der Schulen an, die sich allerdings von der Senatsverwaltung alleingelassen fühlten.

Vorige Woche habe er mit der baden-württembergischen Kultusministerin Dr. Eisenmann telefoniert. In dem Gespräch habe sie bestätigt, dass die 300 000 Endgeräte alle bestellt seien. – Davon sei Berlin, wo Frau Dr. Eisenmann gewiss nicht um Rat frage, weit entfernt.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) hält dem entgegen, ein gegenseitiger Austausch zwischen den Bundesländern sei Usus. Die Zusammenarbeit mit ihren Amtskolleginnen und -kollegen funktioniere auch über Parteigrenzen hinweg sehr gut. Insofern sei der vom Abg. Stettner (CDU) behauptete Gegensatz lediglich konstruiert. Infolge des frühen Ferien- und damit auch Schuljahresbeginns habe Berlin nicht so viel Zeit gehabt wie andere Länder, Maßnahmen zu treffen. Debatten und Kritik gebe es, zumal in der Coronakrise, in allen Bundesländern.

Dirk Stettner (CDU) unterstreicht, dass er nicht in Abrede stelle, dass die Krise eine Herausforderung für alle gewesen sei. Er störe sich nur daran, dass die Senatorin den Eindruck erwecke, Berlin sei bundesweit ein Vorbild, und andere Länder würden sich hier Rat holen; das sei schlicht falsch. Das beziehe sich auch auf die Kommunikation.

Dennis Buchner (SPD) warnt vor Versuchen, im Fachausschuss aus der Krise politisches Kapital zu schlagen. Ihm seien Beispiele aus anderen Ländern bekannt, wo Ministerinnen und Minister verschiedener Parteien Kritik ausgesetzt seien. Es bestehe eine gemeinsame Herausforderung in ganz Deutschland.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Plenum, den Antrag Drucksache 18/2730 abzulehnen.

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | |
|---|------------------------------------|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Partizipationselemente in der Schulbauoffensive
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen) | 0206
BildJugFam |
| b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Sachstandsbericht Berliner Schulbauoffensive
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen) | 0283
BildJugFam |

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- | | |
|--|------------------------------------|
| Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auswirkungen der Corona-Krise auf die Bereiche
– Kita und Kinder sowie Jugendhilfe im öffentlichen Raum,
– für die Grund- und Oberschulen sowie Volkshochschulen und
– für die Duale-Ausbildung, die Oberstufenzentren sowie für die Arbeit mit Geflüchteten Kindern und Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen
(auf Antrag aller Fraktionen) | 0328
BildJugFam |
|--|------------------------------------|

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) verzichtet in Anbetracht des Umstands, dass in der Sitzung bereits über vieles gesprochen worden sei, auf eine einleitende Stellungnahme.

Regina Kittler (LINKE) erkundigt sich im Nachgang zur letzten Sitzung, ob inzwischen geklärt sei, ob sich auch die Lehrkräfte der Volkshochschulen – insbesondere diejenigen der Deutschkurse – testen lassen könnten.

Paul Fresdorf (FDP) interessiert der aktuelle Verhandlungsstand zum solidarischen Finanzierungsbeitrag der Kitaträger.

Roman Simon (CDU) fragt, wie viele und für wie lange Kindergartengruppen und ganze Kindergärten derzeit geschlossen seien. Wie viele Kinder seien davon betroffen? – Ferner bitte er um eine Stellungnahme des Senats zu den Forderungen des Kitabündnisses nach einer Betreuung für Kinder aus Risikogruppen.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) legt dar, dass die Frage der Testungen von Lehrkräften der Volkshochschulen in die Teststrategie aufgenommen werde. In der zuständigen Unterarbeitsgruppe werde das besprochen.

Momentan seien zwölf Kindertageseinrichtungen von Coronafällen betroffen. Es gebe vier Teilschließungen. Hinzu kämen zwei vorsorgliche Schließungen. Auch vier Elterninitiativen seien betroffen. Die Dauer der Schließung belaufe sich auf 7 bzw. 14 Tage.

Zur Frage der Betreuung von Kindern aus Risikogruppen werde ein demnächst ein Gespräch mit der Liga und SenFin stattfinden. Sie vermute, es laufe auf ein Mischkonzept hinaus.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) ergänzt, das geplante Gespräch resultiere aus dem ausdrücklichen Wunsch der Liga. Eine Rolle spielten dabei folgende Fragen: Wie könne der erhöhte Personalbedarf für die Betreuung von zur Risikogruppe gehörenden Kindern, die, wenn überhaupt, nur in kleinen Gruppen in die Kita gehen könnten, gedeckt werden? Wie sei mit Fachkräften, die der Risikogruppe angehörten, umzugehen? Sei hier etwa ein Matching möglich? – Eine Eins-zu-eins-Betreuung zur Entlastung der Familien bedeutete einen höheren Aufwand, auch finanziell.

Die Verhandlungen zum Solidarbeitrag, die nach § 13 RV Tag stattgefunden hätten, seien inzwischen abgeschlossen. Bei der Rückzahlung von Nicht-Vorausgaben der Kitaträger werde darauf geachtet, weder die personellen Ressourcen noch die Substanz der Einrichtungen zu gefährden. Teil des zur Disposition stehenden Gesamtpakets sei auch die Coronaprämie gewesen. Der Gesamtrückzahlungsbetrag belaufe sich auf 20 Millionen Euro, was verhältnismäßig sei. Alle Beteiligten hätten das Gesamtpaket akzeptiert. Die genaueren Modalitäten zur Auszahlung der Coronaprämie seien Gegenstand von Gesprächen auf Arbeitsebene gewesen.

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner stellt fest, dass die Besprechung vertagt sei.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Demokratie in der Schule – Klassenrat und
Schüler*innenhaushalt**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0229](#)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 21.11.2019

Franziska Brychey (LINKE) fragt, ob es inzwischen in allen Bezirken möglich sei, sich am Haushalt der Schülerinnen und Schüler zu beteiligen. Sei in der Zwischenzeit eine Standardisierung der Haushaltssumme erfolgt? – Beständen Überlegungen, dafür zu werben, dass an allen Grundschulen Klassenräte eingerichtet würden?

Regina Kittler (LINKE) erinnert an die damalige Aussage der Senatorin, dass das Modell des Schülerhaushalts von vier auf acht Bezirke ausgeweitet werden solle. – Sei das geschehen? – Werde die seinerzeit angeregte Ist-Stand-Analyse zur Verbreitung der Klassenräte an den Berliner Schulen vorbereitet oder gar schon durchgeführt?

Dr. Maja Lasić (SPD) bemerkt, eine Standardisierung und Ausweitung des Schülerhaushalts sei sinnvoll, und müsse im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen in Angriff genommen werden.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) zeigt sich überzeugt, dass die Schülerhaushalte ein erfolgreiches Projekt seien. Die angekündigte Ausweitung auf acht Bezirke sei erfolgt, sodass inzwischen Mitte, Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Neukölln, Charlottenburg-Wilmersdorf, Treptow-Köpenick, Steglitz-Zehlendorf und Reinickendorf teilnahmen. Während SenBildJugFam das Personal zur Verfügung stelle, übernehmen die Bezirke die Gelder – 1 500 bis 3 000 Euro – für die Schülerhaushalte. Eine Vereinheitlichung wäre Aufgabe der Bezirke.

Ihr Haus unterstütze die Schulen hinsichtlich der Klassenräte, indem es Fortbildungen anbiete. Damit würden 100 Schulen im Jahr erreicht.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 6 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Qualitätsstandards des Ganztages in Grundschulen
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0220](#)
BildJugFam

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0276](#)
BildJugFam
**Weiterentwicklung des Ganztags an der Berliner
Schule: Aktueller Stand und mögliche Perspektiven**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 12.03.2020

Franziska Brychcy (LINKE) erkundigt sich, ob es inzwischen Anleitungsstunden für den Quereinstieg von Erzieherinnen und Erziehern gebe. In der Anhörung sei außerdem der Wunsch nach Vergütung der mittelbaren pädagogischen Arbeit geäußert worden. Wie sei der aktuelle Stand hinsichtlich der Qualitätsstandards für ein festes Bildungsprogramm im Ganztags? Welche weiteren Schritte würden auf dem Weg zum für 2025 geplanten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung unternommen?

Dr. Maja Lasić (SPD) erklärt, Berlin brauche sich im Vergleich mit den anderen Bundesländern nicht zu verstecken, was den Ganztags angehe. Sowohl die Schaffung zusätzlicher Plätze als auch die Qualität und die Personalausstattung seien beim Ausbau des Ganztags zu berücksichtigen. Wenn das vorhandene Personal an Grenzen stoße, müsse aufgestockt werden. Darin sehe sie eine Aufgabe für die nächste Legislaturperiode. Mit Blick auf das Bundesprogramm zum Ganztags interessiere sie, ob bereits nähere Vorgaben zum Einsatz der Mittel auf Landesebene bekannt seien.

Regina Kittler (LINKE) knüpft an die Frage ihrer Vorrednerin an, wofür die Mittel aus dem neuen Bundesprogramm für die Unterstützung der Ganztagschulen genutzt werden dürften. – Außerdem frage sie in Anlehnung an die Abg. Brychcy (LINKE) zu den Vorbereitungs- und Nachbereitungszeiten pädagogischer Arbeit, die in der Anhörung problematisiert worden seien. Die Dienstvereinbarung über die mittelbare pädagogische Arbeit gelte für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst, nicht aber für die Beschäftigten der freien Träger. – Sei hier seitens SenBildJugFam eine Änderung geplant?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) stellt die Vorteile des Berliner Ganztags heraus. Viele Länder brauchten die finanzielle Unterstützung des Bundes, um auf den Stand von Berlin zu kommen. Die Mittel aus dem neuen Programm stünden nach aktuellem Stand nur investiv zur Verfügung. Einige Länder forderten vom Bund die Möglichkeit einer konsumtiven Verwendung der Mittel. Aus Berliner Sicht seien die Themenkomplexe Mittagessen und Mensen sowie Schulhöfe besonders wichtig. So gebe es den Wunsch, Schulhöfe anders zu gestalten und weiterzuentwickeln. Insofern komme das neue Programm gelegen.

Ines Rackow (SenBildJugFam) legt dar, dass Berlin hinsichtlich der Qualitätsstandards bereits einen Orientierungsrahmen für die Schulen geschaffen habe: das Berliner Bildungsprogramm und für die Sekundarstufe I die Eckpunkte. Seit etwa neun Monaten entwickle SenBildJugFam die Qualitätsstandards, die künftig eine konkrete Orientierung für die Schulen bieten sollten. Im Übrigen müsse es Indikatoren für einen guten Ganztags geben. Für die Unterlegung des vorhandenen Bildungsprogramms und der Eckpunkte mit Indikatoren sei ein zweistufiges Verfahren vorgesehen. Zunächst werde die Entwurfsfassung der Qualitätsstandards zu Beginn des Jahres 2021 vorgelegt. Sodann diskutiere ein Gremium von Experten aus

der schulischen Praxis den Entwurf. Im Ganzen gleiche die Herausforderung der Qualitätsstandards derjenigen der Rahmenlehrpläne; das verdeutliche den Stellenwert.

Die Dienstvereinbarung über die mittelbare pädagogische Arbeit sei zwar mit dem Gesamtpersonalrat abgeschlossen worden, die Regelung erstreckte sich aber auf alle Träger. Ein entsprechender Passus finde sich in der Schulrahmenvereinbarung. Dies sei ihr wichtig gewesen, zumal an manchen Schulen sowohl dem öffentlichen Dienst zugehöriges Personal als auch Personal von Trägern der freien Jugendhilfe beschäftigt sei, was ohne den Passus zu einer Ungleichbehandlung führen könnte. SenBildJugFam sei jedoch nicht befugt, in die Rechte der Arbeitgeber eingreifen. – Die für die mittelbare Arbeit vorgesehenen vier Stunden seien eine sinnvolle Vorgabe, um die Bildungsarbeit zu gestalten. Die Schulaufsichten begleiteten den Prozess.

In Hinblick auf die Ressourcen insgesamt lasse sich festhalten, dass Berlin nicht nur über 5 565 Erzieherinnen und Erzieher nach dem Betreuungsschlüssel verfüge, sondern auch über 2 122 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher für Kinder in sozial schwieriger Lage, für Sprachförderung und für Integration. Dass Berlin im letzten Bildungsmonitor den zweiten Platz bei den Betreuungsrelationen belege, bestätige, dass man auf dem richtigen Weg sei.

Regina Kittler (LINKE) fragt, ob es geplant sei, mit den neuen Bundesmitteln zusätzliche Räume für die ergänzende Förderung und Betreuung zu schaffen. Infolge der Überbelegung der Grundschulen würden derzeit viele Räume für den Unterricht umgenutzt.

Bestünden darüber hinaus Überlegungen, die auch in der Anhörung geforderte Vertretungsreserve für die Erzieherinnen und Erzieher zu schaffen?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) erinnert daran, dass im aktuellen Haushalt keine PKB-Mittel für Erzieherinnen und Erzieher eingestellt seien. Perspektivisch solle hier aber eine Veränderung vorgenommen werden.

Ines Rackow (SenBildJugFam) sagt, die Frage nach dem Bundesprogramm könne sie angesichts der schwierigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern nicht detailliert beantworten. Erst die angestrebte Verwaltungsvereinbarung werde Klarheit schaffen. Die Schwerpunkte aus Berliner Sicht habe die Senatorin genannt. Bisher mache der Bund keine expliziten Vorgaben zur Verwendung der investiven Mittel.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.